

# RUSSLAND

## MENSCHENRECHTLICHER RÜCKSCHRITT FÜR DIE ZUKUNFT DER ÖLFÖRDERUNG

Im Nordwesten Russlands leben die finnisch-ugurischen Komi. Die Komi bilden mehrere verschiedene Bevölkerungsgruppen in der Teilrepublik Komi.

Westlich des Urals leben die Komi-Izhemtsi als Halbnomaden und Rentierhirten. Ölförderung lehnt das Volk grundsätzlich ab – dennoch erkundet die russische Ölfirma LUKOIL das Gebiet der Komi-Izhemtsi, fördert und transportiert Öl. Ohne Einverständnis, sogar ohne jedwede Kenntnis der Komi-Izhemtsi baute LUKOIL Bohranlagen auf ihrem Gebiet. Im März 2014 kam es aufgrund eines Lecks in einer der Anlagen zu einer erheblichen Verschmutzung durch das Öl, unter der noch die Bewohner der zehn Kilometer entfernten Ortschaften litten. Aus ihrer Sicht seien die Bemühungen LUKOILS, das Desaster zu beseitigen, ungenügend gewesen.

Die Komi-Izhemtsi wehren sich gegen die schonungslose und rücksichtslose Ausbeutung ihres Landes und fordern eine legitime Gleichberechtigung bei der Diskussion über industrielle Planungen ihr Gebiet betreffend sowie deren Realisierung.

Der Stadtrat vom nordöstlichen Izhma, einer Region der Komi-Teilrepublik, unterstützte am 11. April 2014 die lokale Gemeinschaft und stimmte dafür, dass LUKOIL seine Tätigkeiten auf dem Gebiet der Komi umgehend einstelle. Nach Ansicht des Stadtrats sei LUKOIL eindeutig verantwortlich für die Umweltverschmutzung des betroffenen Gebietes und bat daher, sämtliche Aktivitäten bis zur Umsetzung der Forderungen der Komi-Izhemtsi einzustellen. Weiter wurden öffentliche Verhandlungen in der Gemeinde organisiert, um über die Zukunft LUKOILs in Komi zu diskutieren. Bereits Ende März fand eine Versammlung statt, zu der über 130 Teilnehmer aus 13 Dörfern erschienen. Zwar waren die Verantwortlichen von LUKOIL ebenfalls zur Teilnahme eingeladen, kamen dieser Einladung jedoch nicht nach. Einstimmig wurde beschlossen, dass LUKOIL das Gebiet zu verlassen habe. Außerdem wurden Forderungen gegenüber LUKOIL aufgrund derer zahlreichen Rechtsverstöße, welche die Firma nach Auffassung der Komi begangen habe, schriftlich festgehalten. Aufgrund der erheblichen Umweltbelastung durch die Ölförderung würden nicht nur die Tiere der Komi sowie die Fische in den Gewässern, nach denen die Komi jagen, vergiftet. Auch die Komi selbst erlitten gesundheitliche Folgeschäden. So berichteten sie, dass bereits drei Männer an Krebs gestorben seien. Zudem verarmten die Komi immer mehr, nachdem sie ihrer Lebensgrundlage immer mehr beraubt werden und weiter LUKOIL eine Anstellung der Komi ablehne. Unterdessen verdient der Ölgigant, der u.a. auch für Gazprom Öl fördert, Millionen. Fraglich, ob angesichts dieses Geschäfts die Interessen der Komi-Izhemtsi eine Rolle spielen. In der südöstlichen Nachbarregion Chanty-Mansijsk, ist das Parlament bereits bemüht, die Rechte der dort ansässigen Chanten und Mansen einzuschränken. Dies betrifft insbesondere die Schwächung der Gesetzgebung im Umweltschutz.

### TERRITORIEN TRADITIONELLER LANDNUTZUNG

Gehören so genannte *Territorien traditioneller Landnutzung* offiziell zu Naturschutzgebieten, fallen diese konsequenterweise unter bestimmte Schutzbestimmungen bzw. Sonderauflagen. Bis Ende 2013 gehörten auch diese Territorien traditioneller Landnutzung, sprich: die Territorien der indigenen Völker Russlands, zu den Naturschutzgebieten. Dann jedoch wurde ein Gesetz in Kraft gesetzt, das die Territorialgebiete der Indigenen aus dem rechtlichen Schutzbereich exkludierte und damit eine relativ ungehinderte Ausbeute seitens der Industrie ermöglichte.

Dieses Gesetz sollte innerhalb von drei Monaten innerhalb der Russischen Föderation umgesetzt werden. Bereits im Februar 2014 meldeten sich der Vize-Direktor der Ölfirma „Surgutneftegaz“ sowie ein Parlamentsabgeordneter der Khanty-Mansi-Region zu Wort und forderten den Gouverneur dazu auf, den Territorien der indigenen Völker den Status eines Naturschutzgebiets abzuerkennen. Dies beträfe weit über 500 angestammter Gebiete, die als Territorien traditioneller Landnutzung speziellen Schutz genießen. – Und damit auch Ölfirmen dazu verpflichten, eine Verständigung und Übereinstimmung mit den Betroffenen herbeizuführen, bevor sie ihre industriellen Absichten realisieren könnten. Die Indigenen-Vereinigung „Save Yugra“ beschloss daraufhin, die Auswirkungen einer solchen Gesetzgebung auf die traditionelle Lebensweise ihres Volkes zu analysieren und, sofern notwendig, Abänderungsanträge zu stellen, um ihren Schutz auch weiterhin zu gewährleisten. Nach derartigen Gesetzesänderungen muss wohl mit weiteren Einschränkungen der Rechte indigener Völker zugunsten der Industrie in Russland gerechnet werden.

Quellen:

<http://www.survivalinternational.de/nachrichten/10248>

<http://350.org/komi-are-fed-up-with-oil/>

<https://intercontinentalcry.org/russia-legislative-change-demolish-indigenous-land-rights/>

Alexandra Obermüller, Theko Menschenrechte und Indigene